

## **Rede von Oberbürgermeisterin Henriette Reker anlässlich des Jahresempfangs der Synagogengemeinde Köln am 27. März 2023 im Rathenau-Viertel**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Rabbiner Brukner,  
liebe Vorstandsmitglieder der Synagogengemeinde Köln,  
sehr verehrter, lieber Minister Herbert Reul,  
liebe Gäste,

ich bedanke mich herzlich für die Einladung zu Ihrem  
Jahresempfang. Die Stadt Köln und die Synagogengemeinde  
begreifen sich als Partnerinnen auf Augenhöhe. Vielen Dank  
dafür und auch für die gute Zusammenarbeit zwischen Stadt  
und Synagogengemeinde, nicht zuletzt bei der Unterbringung,  
Betreuung und Versorgung ukrainischer Geflüchteter.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine trifft die große  
jüdische Gemeinde im Land scharf. Putins Krieg ist ein Krieg  
gegen die Menschlichkeit. Keine Anzahl verlorener  
Menschenleben und zerstörter Städte scheint ihn von seinen  
verbrecherischen Zielen abzuhalten. Kein Symbol ist ihm heilig.  
So mussten wir etwa erleben, dass die Gedenkstätte von Babyn  
Jar mit Raketen beschossen wurde.

Blut wurde dort vergossen, wo deutsche Mordkommandos mit  
grenzenloser Grausamkeit 100.000 Frauen, Kinder, Greise und

Männer erschossen haben, davon 33.771 binnen zwei Tagen im Herbst 1941.

Die russische Propaganda behauptet, sie wolle die Ukraine entnazifizieren. Diese Lüge ist unerhört. Die Ukraine ist ein offenes, multireligiöses Land mit einem jüdischen Präsidenten. Der russische Angriff zielt direkt auf die jüdischen Bevölkerungszentren, etwa in Odessa, und nimmt zivile Opfer dabei nicht nur in Kauf, sondern betrachtet sie als legitimes Mittel der Kriegsführung.

Die Menschen, die vor Russlands Krieg flüchten, finden hier in Köln einen sicheren Hafen. Auch die Synagogengemeinde hat ihr Haus geöffnet, insbesondere für Jüdinnen und Juden. Gleich zu Beginn des Krieges haben Sie dafür gesorgt, dass jüdische Geflüchtete gemeinsam untergebracht werden können. Sie sorgen für koscheres Essen, was für die Stadt wiederum eine große Erleichterung war, denn auch wir waren angesichts der hohen Zahl von Menschen, die zu uns kamen, einige Wochen am Rande unserer Leistungsfähigkeit. Die Synagogengemeinde half uns, den Blick auf die Bedürfnisse jüdischer Geflüchteter nicht zu verlieren.

Seit über einem Jahr ist die Synagogengemeinde Anlaufstelle für jüdische Geflüchtete in Köln. Sie beraten und helfen, etwa über ihren eigenen sozialen Dienst, sie bieten nicht zuletzt

geistlichen Beistand. Für all das möchte ich Ihnen von Herzen danken.

Dieses Engagement leisten Sie mit einer ermutigenden Selbstverständlichkeit. Denn trotz aller Reden zu Anlässen wie diesen – auch ich bin ja regelmäßig Gast und halte als Oberbürgermeisterin solche Reden – müssen wir feststellen, dass Antisemitismus in Deutschland keineswegs beseitigt ist, ja nicht einmal auf dem Rückzug, sondern, leider, nach wie vor eine bedrohliche Herausforderung darstellt. Die bisherige Bilanz des „Aufstands der Anständigen“, wie ihn Abraham Lehrer gefordert hat, ist ernüchternd.

Liebe Gäste, ich spreche nicht nur von dem mörderischen Antlitz des Antisemitismus, das sich beispielsweise an Jom-Kippur 2019 zeigte, als ein Rechtsextremist das Feuer auf die Synagoge in Halle eröffnete und zwei Menschen, Jana Lange und Kevin Schwarze ermordete. Ich spreche von ganz alltäglichen Begebenheiten, in denen in Teilen unserer Gesellschaft antisemitische Ressentiments geschürt werden oder Antisemitismus achselzuckend hingenommen wird.

Von einem Einzelfall kann keine Rede mehr sein, wenn in einem Kölner Fernsehsender offenbar keine Programminstanz es für fragwürdig hält, eine Reality-Soap mit einem ehemaligen Schlagersänger aus dem Querdenker-Spektrum zu produzieren, der die Corona-Maßnahmen mit KZs vergleicht

und die Bundesregierung durch jüdische Hintermänner gesteuert sieht. Der Hinweis des Senders, im TV-Format ginge es um das Privatleben des Sängers und nicht um seine politischen Einstellungen, kann dabei fassungslos machen.

Auch kein Einzelfall ist die Tatsache, dass ein offen antiisraelischer Künstler, der die antisemitische Bewegung BDS unterstützt, durch Europa und auch durch Köln touren kann, ohne dass Konzertveranstalter und ein treues Publikum darin ein Problem sehen. Ich bin froh, dass sich der Rat der Stadt Köln hier eindeutig positioniert und auch darüber, dass wir gemeinsam einen Umgang mit dem Thema gefunden haben.

In beiden beschriebenen Fällen zeigt sich eine latente Bereitschaft, eklatanten Antisemitismus hinzunehmen, solange andere Interessen überwiegen.

Liebe Gäste, es bleibt uns nichts daher anderes, als unsere Bemühungen, Antisemitismus die Stirn zu bieten, noch zu verstärken. In der Stadt Köln und in mir als Oberbürgermeisterin werden Sie darin immer eine Partnerin finden.

Ich danke Ihnen für Ihr Engagement und für die Aufmerksamkeit.